

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:126995-2017:TEXT:DE:HTML>

Deutschland-Emmendingen: Öffentlicher Verkehr (Straße)
2017/S 067-126995

Auftragsbekanntmachung – Sektoren

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadtwerke Emmendingen GmbH
Am Gaswerk 1
Emmendingen
79312
Deutschland
Kontaktstelle(n): Hr. Lips
Telefon: +49 61035067110
E-Mail: Lips@IGDB.de
Fax: +49 61035067121
NUTS-Code: DE133

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.igdb.de>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E67511822>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

IGDB GmbH
Im Steingrund 3
Dreieich
63303
Deutschland
Telefon: +49 61035067110
E-Mail: ausschreibung@igdb.de
Fax: +49 61035067121
NUTS-Code: DE71C

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.igdb.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <http://www.subreport.de/E67511822>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.6) **Haupttätigkeit(en)**

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Linienbündel „Stadtbus Emmendingen“.
Referenznummer der Bekanntmachung: 3717

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

60112000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Leistungen im Stadtbus-Verkehr können in einem durchschnittlichen Kalenderjahr mit ca. 215 800 Nwkm p. a. sowie 6 Fahrzeugen (2 Standardbusse, 3 Midibusse und ein Kleinbus) erbracht werden. Aus kapazitativen Gründen ist für das Fahrtenangebot insbesondere auf den Linien 1 und 2 der Einsatz von Standardbussen entsprechend der Fahrzeugvorgaben vorzusehen. Standardbusse können auf den Linien 1, 2, 4 und 9, sowie auf Fahrten der Linie 5, die nur im Abschnitt ZOB <> Zentrum Psychiatrie verkehren eingesetzt werden. Auf den Linien 3, 5 (nicht im Abschnitt ZOB <> Zentrum Psychiatrie) und 6 können aus Gründen der Fahrgeometrie nur Midibusse entsprechend der Fahrzeugvorgaben eingesetzt werden. Auf der Linie 5S kann ein Kleinbus entsprechend der Fahrzeugvorgaben eingesetzt werden. Von den rund 25 750 AST-Fahrplanfahrten wird ein Abruf von 3 954 Fahrten p. a. bei einer durchschnittlichen Fahrtlänge von 3,7 km/a geschätzt.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

60140000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE133

Hauptort der Ausführung:
Emmendingen.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das Linienbündel „Stadtbus Emmendingen mit den Linien 1 bis 5, 5S, 6, 7, 9 und 10 erschließt ausgehend vom Stadtbus-Knoten am Bahnhof neben der Kernstadt (Ober-, Unterstadt, Bürkle, Bleiche) mit wichtigen Einrichtungen wie Kreiskrankenhaus und Zentrum für Psychiatrie die Ausbildungsstätten Berufsschule, Goethe-Gymnasium und Fritz-Boehle-Schule. Außerdem werden die Gewerbegebiete an der Freiburger Straße und Über der Elz sowie die Ortsteile Mundingen, Windenreute und Maleck mit dem Stadtbus an das öffentliche Nahverkehrsnetz angebunden. Weiterhin wird im AST-Verkehr der Stadtteil Kastelberg, sowie – außerhalb der Bedienzeiten der Regionalbusse – die Stadtteile Kollmarsreute und Wasser bedient. Die Leistungen im AST-Verkehr bedienen weitere Stadtbereiche oder ergänzen den Busverkehr an Tagesrandlagen und am Wochenende. Die Leistungen können Mo-Sa von 6:50-19:50 sowie So/F von 7:20-8:20 mit einem AST-Fahrzeug und Mo-Sa ab 19:50 sowie So/F ab 8:20 mit 3 AST-Fahrzeugen erbracht werden. Die eingesetzten Fahrzeuge sollten bevorzugt den Kraftstoff Erdgas nutzen. In Emmendingen steht eine für Midibusse geeignete Erdgastankstelle zur Verfügung. Diese befindet sich in der „Tankhof Grün Station“,

Am Elzdamm 48. Darüber hinaus ist der Auftraggeber bereit, auf seinem Betriebshof eine Erdgastankstelle einzurichten. Falls dem Bieter der Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen nicht wirtschaftlich erscheint, ist der Einsatz von dieselbetriebenen Fahrzeugen zugelassen. In diesem Fall ist lediglich das Preisblatt Anlage B2 zum Angebotsschreiben auszufüllen.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 96

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung von 1 x 2 Jahren bis zum 11.12.2027, d. h. Samstag vor dem international vereinbarten Fahrplanwechsel der Fahrplanperiode 2028. Die mögliche Ausübung des Optionsrechtes durch den Auftraggeber erfolgt schriftlich bis zum 30.6.2025 eingehend beim Auftragnehmer.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt bei Vollständigkeit der nach Ziffer III.1.1) bis Ziffer III.1.3) vorzulegenden Nachweise und Erklärungen durch Bewertung der vorgelegten Unterlagen gemäß Ziffer III.1.1) bis Ziffer III.1.3), insbesondere der Referenzen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Zubestelloption für Sonntagsverkehr.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften

des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist, sofern der Bewerber in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische

Bewerber: oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— Verpflichtungserklärungen nach § 3 Abs. 1 bis 3 LTMG (Tarifreueerklärung) und § 4 Abs. 1 LTMG (Mindestentgelterklärung) für Bewerber sowie deren Nachunternehmer und Verleihunternehmen (§ 6 Abs. 1 S.1 LTMG), soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Anlage 2 zum Teilnahmeantragsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden).

— Erklärung zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Anlage 1 zum Teilnahmeantragsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden).

— Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes. Die Bescheinigung muss Angaben zu den steuerlichen Verhältnissen und den steuerlichen Erklärungspflichten enthalten (die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Teilnahmeantragsabgabe gültig sein). Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Teilnahmeantragsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen, d. h. nicht älter als Stichtag: 2.2.2017.

— Bescheinigung der Kommune des Unternehmenssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Teilnahmeantragsabgabe gültig sein]. Sofern an die Kommune des Unternehmenssitzes keine Steuer entrichtet werden, sondern an die Kommunen der jeweiligen Betriebsstätten, ist dies der Vergabestelle bis zum Ablauf der Teilnahmeantragsfrist entsprechend mitzuteilen und zu erläutern. Ferner hat der Bewerber zusätzlich die Bescheinigung der steuerlichen Zuverlässigkeit der betroffenen Kommune vorzulegen, in der die Betriebsstätte, die den vertragsgegenständlichen Verkehr erbringen soll, ansässig ist. Bei Ergebnisabführungsverträgen / Organschaften ist hinsichtlich des Drittunternehmens entsprechend zu verfahren. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Teilnahmeantragsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen, d. h. nicht älter als Stichtag: 2.2.2017.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— Angabe von erbrachten Busverkehrsleistungen (keine Rufbus-/ AST-Verkehre) im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen (falls in Deutschland erbracht: gem. § 42 PBefG; nicht: gem. §§ 42a, 43-49 PBefG; Verkehrsleistungen gem. §§ 42a, 43-49 PBefG werden nicht berücksichtigt) seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (1.1.) der letzten 3 vollen Kalenderjahre vor dem in Ziffer IV.2.2) genannten Termin zur Teilnahmeantragsabgabe. Es ist mindestens eine erbrachte Verkehrsleistung anzugeben, die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten. Die angegebenen Referenzleistungen müssen geeignet sein, einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Unternehmens in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag zu ermöglichen. Die Referenzleistungen müssen nicht mit der ausschreibungsgegenständlichen Leistung identisch sein, sie sollten jedoch mit den Anforderungen an die zu erbringende Leistung vergleichbar sein (vergleichbar hoher Schwierigkeitsgrad). Neben der Angabe von Busverkehrsleistungen als Konzessionsinhaber (auch als Teil einer Bietergemeinschaft) ist auch die Angabe von Leistungen als Unterauftragnehmer zulässig. (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Anlage 3 zum Teilnahmeantragsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden).

Oder

(ggf. ergänzend): falls seit Beginn der o. g. letzten 3 vollen Kalenderjahre keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden können: sofern ein Bewerber aufgrund fehlender Referenzen die Leistungsfähigkeit seines Unternehmens nicht nachweisen kann, kann er sich der Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens bedienen (vgl. § 47 SektVO). Das andere Unternehmen hat eine Kopie der Anlage F zum

Teilnahmeantragsschreiben vollständig auszufüllen und zu zeichnen. Das Unternehmen muss ferner eine Verpflichtungserklärung in Form einer verbindlichen Zusage abgeben, die der Vergabestelle bis zum Ablauf der Teilnahmeantragsfrist vorzulegen ist. Die Verpflichtungserklärung muss Aussagen beinhalten, dass das Know-How, ggf. notwendige technischen Geräte und Einrichtungen sowie die notwendigen personellen Kapazitäten des anderen Unternehmens dem Bewerber für den Fall der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit für den vertragsgegenständlichen Verkehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Ein Bewerber kann gemäß § 47 Abs. 1 S.2 SektVO Nachweise für die berufliche Leistungsfähigkeit nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazität benötigt wird. Die Verpflichtungserklärung ist auch notwendig, sofern es sich bei dem anderen Unternehmen um ein Unternehmen handelt, dass mit dem Bieter in einem Konzern verbunden ist. Innerhalb einer Bietergemeinschaft ist keine Verpflichtungserklärung notwendig. — Nachweis der fachlichen Eignung i.S. des § 13 Abs. 1 Nr. 3 PBefG i. V. m. § 3 Abs. 1 PBZugV: Kopie einer Bescheinigung der zuständige Industrie- und Handelskammer (IHK) über die fachliche Eignung gem. §§ 3, 4, 6, 7 PBZugV (§ 3 „Fachliche Eignung“, § 4 „Fachkundeprüfung“, § 6 „Gleichwertige Abschlussprüfungen“, § 7 „Anerkennung leitender Tätigkeit“). Die IHK stellt die Bescheinigung nach dem Muster des Anhangs III der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 in der jeweils geltenden Fassung aus. Der Nachweis der fachlichen Eignung muss vom Unternehmer selbst oder einer zur Führung der Geschäfte bestellten Person erbracht werden. Für den Fall einer Eignungsleihe kann der Nachweis durch ein anderes Unternehmen erbracht werden, wenn dieses die Leistung erbringt, für die der Nachweis benötigt wird.

III.1.4) **Objektive Teilnahmeregeln und -kriterien**

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.1.6) **Geforderte Kauttionen oder Sicherheiten:**

III.1.7) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**

III.1.8) **Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss:**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 02/05/2017

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 08/05/2017

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 20/07/2017

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

— Hinweis zu Ziffern III.1.1)-1.3): Sofern ein Bieter aus gewichtigen Gründen nicht in der Lage ist, eine der in den Ziffern III.1.1)-1.3) genannten Nachweise und Erklärungen vorzulegen, so hat er dies unter Angabe der Gründe der Vergabestelle vor der in Ziffer 5 der „Aufforderung zur Teilnahmeantragsabgabe“ genannten Frist für Fragen zu den Vergabeunterlagen mitzuteilen;

— Für Bewerbergemeinschaften ist vorzulegen: Erklärung der Bewerbergemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärung siehe Anlage 4 zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden), die Bewerbergemeinschaft hat ein etwaiges Angebot bei unverändertem Mitgliederbestand einzureichen;

— Hinweis zu Ziffer IV.2.5: nähere Erläuterungen zur Wertung des Preises finden sich in den Vergabeunterlagen, vgl. „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ (wird an ausgewählte Bewerber im Mai 2017 übersandt);

— Hinweis zu Ziffer I.3: die Vertragsunterlagen werden den Bewerbern als Entwurf zur Verfügung gestellt. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe an ausgewählte Bewerber erfolgt die Übersendung der verbindlichen Fassung. Diese kann mit dem Entwurf identisch sein;

— Hinweis zu Ziffer I.3: die Abgabe der Teilnahmeanträge erfolgt elektronisch und auf Papier. Bei Abweichungen ist die Papierfassung verbindlich;

— Nach Angebotsabgabe können Verhandlungsgespräche geführt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, das Erstangebot zu bezuschlagen ohne in Verhandlungen einzutreten, § 15 Abs. 4 SektVO;

— Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter haben mit Angebotsabgabe einen verschlossenen Umschlag zur Personalkostenkalkulation zu hinterlegen. Dieser wird für den Fall der Zubestellung eines Sonntagsverkehrs für Preisanpassungsgespräche genutzt, Details s. Vergabeunterlagen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Kapellenstr. 17

Karlsruhe

76131

Deutschland

Telefon: +49 7219260

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse:<http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
31/03/2017